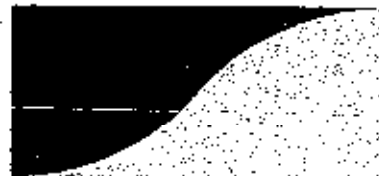


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 38 86 846 pbbn d



Inhalt

36. Jahrgang / 23

3. Februar 1981

Willy Brandt, Vorsitzender der SPD, würdigt den Vorsitzenden der Exil-SPD, Hans Vogel, zu seinem 100. Geburtstag.

Seite 1/2

Helmut Rohde MdB, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA), warnt vor der Theorie des "Thatcherismus".

Seite 3/4

Egon Lutz MdB, stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, fordert sofortiges Handeln zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Seite 5/6

Axel Wernitz MdB, Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, spricht sich für mehr Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien aus.

Seite 7/8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Treuhänder der SPD in ihrer schwersten Zeit

Zum 100. Geburtstag von Hans Vogel

Von Willy Brandt MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Seit dem Tode Otto Wels' nach Kriegsausbruch 1939 bis nach Kriegsende 1945 hat Hans Vogel den sozialdemokratischen Exilvorstand geleitet. In seiner hochragenden Gestalt sind Glück und Unglück, sind Glanz und Elend einer ganzen deutschen Arbeitergeneration verkörpert. Als Hans Vogel starb, hatte er den Wandel geschichtlichen Glücks voll auskosten. Mit ihm wurde eine Epoche sozialdemokratischer Parteigeschichte zu Grabe getragen.

Am 16. Februar 1881 im fränkischen Oberartelshofen geboren, in Fürth in Armut aufgewachsen, wurde der junge Vogel in seiner Lehrzeit - er lernte Holzbildhauer - von jener Aufbruchstimmung, jenem Zukunftsglauben an die sozialdemokratische Sache erfaßt, die seine Generation so sehr geprägt haben. Die roten Handwerksburschen hatten in den Organisationen der Arbeiterbewegung ein Gefühl eigener Menschenwürde erfahren und dort ihren Glauben an die Macht der Organisationen begründet. Sie waren die Bazillenträger des sozialdemokratischen Optimismus - noch dazu wenn man so lebensbejahend war wie Hans Vogel.

Bärenstark, trinkfest und sangesfroh - so schilderten ihn stets die, die ihn schon sehr früh kennengelernt hatten. Als er von der Wanderschaft in seine geliebte fränkische Heimat zurückkehrte und in seinem Beruf keine Arbeit mehr fand, kam er zunächst im Arbeitersekretariat Fürth unter. 1909 schon wurde er Junior-Sekretär im Bezirk Nürnberg, reiste als Aushilfsredner durchs Land und verschaffte sich dank einer außerordentlichen Rednergabe einen solchen Ruf, daß es bald überall hieß: "Schickt uns doch gleich den Vogel!"



1912 wird er in den bayrischen Landtag gewählt, 1919 in die Nationalversammlung. Er kämpft erbittert gegen die Annahme des Versailler Vertrags und tut dies so überzeugend, daß ihm sein Fernbleiben von der Abstimmung nicht einmal als Bruch der Fraktionsdisziplin ausgelegt wird. Seit 1920 ist er Mitglied des Reichstags, und als er 1927 zum erstenmal in den Parteivorstand gewählt wird, erhält Vogel von 378 abgegebenen Stimmen 371 (der Vorsitzende Wels über siebzig weniger). Der Wirkung seiner Persönlichkeit mochte sich kaum jemand entziehen. Auch Wels hatte längst Zutrauen zu dem jungen Franken gefaßt, und 1931 in Leipzig, auf dem letzten Parteitag vor der Nazizeit, setzte Wels es durch, daß Vogel zum neuen zweiten Vorsitzenden gewählt wurde; Wels hielt es bekanntlich mit der Auffassung, daß die ersten Vertrauensträger einer Arbeiterpartei aus der Arbeiterschaft kommen sollten.

Auf den Schultern von Otto Wels und Hans Vogel lastete 1932/33 eine - vielleicht - übermenschliche Verantwortung. Man kann auch heute zweifeln, ob sie unabänderlich war. Doch wer wollte sich ein herablassendes Urteil anmaßen? Kein SPD-Führer vor ihnen und erst recht keiner nach ihnen hat je schwerere Entscheidungen treffen müssen. Nur wenige wissen, wie tief gerade auch Vogel das Wort von den "Kapitulanten" verwundet hat.

Im Mai 33 noch war Vogel mit Friedrich Stampfer wieder nach Berlin gereist, um den Rest der Reichstagsfraktion von der erpreßten Zustimmung zu Hitlers außenpolitischer Erklärung abzubringen. Vergebens. Vier Jahre Prag, Flucht über Nordeuropa nach Paris, dort bis zum Zusammenbruch der III. Republik, Flucht nach Süden und über die Pyrenäen nach Lissabon, fünf Jahre London - das wurden die Exilstationen von Hans Vogel, seiner Frau Dina, seine beiden Söhne Ernst und Willi. Von denen landete der eine in Amerika, der andere in Schweden nachdem er zwischenzeitlich auf lebensbedrohender Mission in Berlin gewesen war. Erst als er den Sturz der deutschen Sozialdemokratie so schmerzlich miterlebt und ihre führenden Menschen in der Prüfung schwersten Unglücks gesehen habe, schreibt Wenzel Jaksch in seinen schönen "Gedenkblättern für Hans Vogel", da habe er begonnen, an ihre Größe zu glauben.

Im Vergleich zu Wels war Vogel der geschmeidigere, der offenerere, der weniger festlegte. Es war Vogel, der 1936 - wiederum mit Stampfer - die Abgesandten der KPD in Prag empfing, um auch mit ihnen zu besprechen, ob eine Einheitsfront gegen Hitler möglich sei. Es war Vogel, der in den vielen Streitereien mit den anderen Exilgruppen der SPD auf Mäßigung bedacht war. Es war Vogel, der dann schließlich im Londoner Exil, zusammen mit Erich Ollenhauer, ihre Einigung betrieb. Und es mag auch kein Zufall gewesen sein, daß ihn mit dem großen französischen Sozialisten Léon Blum persönliche Freundschaft verband. Mit Léon Blum, der gerade aus Buchenwald herausgekommen war, hatte Vogel die letzte - ihn beglückende - politische Aussprache vor seinem Tode.

Bis zuletzt hat Vogel am Mandat des Exilvorstands festgehalten, einziger Treuhänder der SPD zu sein. Als sich herausstellte, daß er nicht mehr würde reisen können, schickte er der Konferenz von Wennigsen eine Botschaft, in der er dieses Mandat zurückgab.

Hans Vogel starb in dem Augenblick, da Kurt Schumacher am 6. Oktober 1945 die erste Konferenz der in den damaligen Westzonen wiedererstehenden SPD eröffnet hatte. Erich Ollenhauer, der politische Weggefährte in zwölf Jahren des Exils und persönlicher Freund, eilte zurück nach London. In seiner bewegenden Trauerrede sprach er von der großen und tiefen Tragik, die über diesem Tod lag: "Es fehlt der krönende, versöhnende Abschluß, der das Sterben leichter macht. Wenn es für Hans Vogel Trost gegeben haben mag, dann jenes Dichterwort, das er selbst 1939 am Grabe Otto Wels', auf dem Pariser Friedhof Père Lachaise, gesprochen hatte: "Wir lieben, und was wir geliebet, das lebt. Das lebt, bis in uns selbst das Leben zerrinnt. Nicht alle sind tot, die begraben sind."
(-/3.2.1981/ks/hgs)

+ + +



Mehr als eine Flaute

Die Beschäftigungspolitik steht im Mittelpunkt

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Wir können nur voll Skepsis, ja Mißtrauen den Konjunkturprognosen gegenüberstehen, die in den letzten Wochen von Instituten, Sachverständigen, vermeintlichen und tatsächlichen Wirtschaftstheoretikern für 1981 abgegeben worden sind. Sie meinten bis zum Jahresende, daß wir nur eine vorübergehende Flaute zu erwarten haben, durch die man einfach durchsegeln müsse, um dann im Spätsommer wieder im konjunkturellen Aufwind weiter zu treiben. Diese Einschätzung ist nicht mit den Besorgnissen am Anfang dieses Jahres in Übereinstimmung zu bringen. Garniert wurde diese Segeltheorie noch mit dem Hinweis, es gebe keinen gesamtwirtschaftlichen und staatlichen Handlungsbedarf, sowie mit dem Versuch, allein der Tarifpolitik alle Verantwortung für die Konjunktur 1981 in die Schuhe zu bugsieren.

Für mich sieht die Lage am Jahresanfang anders aus als das Bild der Flauten-Prognostiker: Unter dem Einfluß schwacher Weltkonjunktur sind die Auslandsbestellungen rückläufig. Auch die Inlandsaufträge vollziehen sich auf niedrigem Niveau. Die Kapazitätsauslastung liegt deutlich unter Normalniveau. Vor allem aber: Die Arbeitslosenzahl hat erstmals seit 1977 die Millionengrenze überschritten.

Das heißt im Blick auf Europa: Die Industrieländer befinden sich am Beginn des Jahres in einer Rezessionsphase von unbestimmter Dauer und Tiefe. Angesichts dieser Sachverhalte und Erfahrungen wird die Theorie des "Thatcherismus", durch ein Tal von Massenarbeitslosigkeit in den 80er Jahren wieder auf die Höhen des Wohlstands zu gelangen, zu einem unglaublichen menschlichen, sozialen und politischen Abenteuer.

Der Staat kann sicher nicht allein die aus den Rezessionsgefahren erwachsenden Probleme bewältigen. Wirtschaft, Tarifpolitik, Gebietskörperschaften und andere haben ihre Verantwortung mit wahrzunehmen. Der Staat muß sich aber trotz der schwierigen Ausgangslage, die im Haushalts- und Leistungsbilanzdefizit begründet liegt, seiner gesamtwirtschaftlichen Verantwortung stellen. Sonst sehe ich Gefahren: Sie liegen vor allem im Selbstverstärkungseffekt des konjunkturellen Rückgangs und in der Zementierung negativer Zukunftserwartungen.



Was wir am Jahresanfang 1981 brauchen, ist in erster Linie eine Reform der politischen Haltungen und der Einschätzungen der künftigen Entwicklung und eine Zuwendung zu den gravierenden Problemen, Aufgaben und Sorgen. Für uns steht dabei die Beschäftigungspolitik im Mittelpunkt. Alles uns Mögliche zu leisten, um Menschen vor Arbeitslosigkeit zu bewahren, ist einer der höchsten Ansprüche sozialer und menschlicher Solidarität.

Konkret bedeutet das: Die weiteren Beratungen des Bundeshaushalts 1981 müssen vor allem anderen unter den Auftrag gestellt werden, mit wirtschafts- und finanzpolitischen Mitteln und Möglichkeiten Konjunktur und Beschäftigung zu stärken. Wenn wir sozial gerecht und wirtschaftlich vernünftig handeln wollen, dann können wir eben nicht nur über Sparförderung und Mineralölsteuern, dann müssen wir auch über Agrarsubventionen und den Beitrag anderer Gruppen der Gesellschaft zum Abbau von Arbeitslosigkeit reden. Ich meine das ernst und ohne andere anrempeln zu wollen: Die solidarische Verantwortung für Arbeit und selbstbewußte Existenz der Menschen darf nicht in gruppenegoistischem Denken zerrieben werden. Sonst werden wir die 80er Jahre nicht bestehen.

Wenn stets von Leistungsbilanzdefiziten infolge der drastischen Ölvertéuerung gesprochen wird, dann erlaube ich mir die Gegenfrage, ob es nicht wirtschaftlich sinnvoll und beschäftigungspolitisch hilfreich sein würde, Mittel mindestens auf Aufgaben rationeller Energieverwendung zu konzentrieren: Auf Investitionen zum Ausbau der Fernwärme, der Kraft-Wärme-Koppelung und der Nutzung der gigantischen Abwärmemengen und auf Technologien zur Energie- und Rohstoffeinsparung und für produktiven Umweltschutz. Ferner im Wohnungsbau vor allem angesichts der Probleme in den Ballungszentren, um ein beschäftigungspolitisches und soziales Signal zu setzen und von der Mineralölsteuererhöhung wenigstens ein Teil für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs zu verwenden.

"Weg vom Öl" - das muß mehr sein als nur Benzinpreiserhöhung. Dazu gehören Investitionen zur rationelleren Energieverwendung und auch eine Kontrolle der Marktpraktiken der multinationalen Unternehmen.

Wenn wir mehr Investitionskraft erreichen wollen, dann muß aber auch die Bundesbank ihre Hochzinspolitik reformieren. Ich verkerne nicht, daß von Frankfurt aus in den letzten Jahren wichtige Beiträge zur Inflationsbekämpfung geleistet worden sind. Aber im Blick auf 1981 wird die Politik des teuren Geldes weniger die außenwirtschaftliche Flanke absichern, als vielmehr die binnenwirtschaftliche Erholung blockieren.

(-/3.2.1981/ks/hgs)

+ + +



Arbeitslose müssen Politiker in die Verantwortung nehmen!

Bemerkung zu den jüngsten Daten der Bundesanstalt für Arbeit

Von Egon Lutz MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bündestagsfraktion

Der Arbeitsmarkt der Bundesrepublik zeigt zum Jahresbeginn 1981 bestürzende Tendenzen. Rezessive Gesamtentwicklung verbunden mit saisonalen Schwächen stellen eine Herausforderung an die für den Arbeitsmarkt Verantwortlichen dar. Die Entwicklung darf und kann nicht länger hingenommen werden.

Insgesamt waren im Januar 1981 1.308.000 Erwerbstätige arbeitslos gemeldet. Dies ist seit 1976 nicht mehr der Fall gewesen. Gegenüber dem Vorjahr sind dies 272.000, gegenüber dem Vormonat 190.000 Stellungsuchende mehr. Die neue Quote lautet 5,6 Prozent. Im letzten Monat waren es noch 4,5 Prozent.

Die Zuwachsrate wird besonders bei den männlichen Stellungsuchenden deutlich: Dort meldet die Bundesanstalt für Arbeit bei einer Quote von 5,1 Prozent eine Gesamtzahl von 729.000. Das entspricht einer Zunahme, in Relation zum Vorjahresmonat, von 171.000.

Bei den Frauen ergibt sich für den Januar ein Zuwachs von 100.000 (1980) auf 579.000 Stellungsuchende. Die Quote lautet 6,5 Prozent.

Der negative Trend macht leider auch vor den Problemgruppen des Arbeitsmarktes nicht Halt.

Bei den über 59jährigen verzeichnet man einen Zugang, gemessen am Vorjahr, von 13,4 Prozent. Die neue Gesamtzahl liegt bei 77.250. Hier wird besonders deutlich, daß viele Betriebe gerade in diesem Mitarbeiterbereich personalpolitisch "sieben".

Im Bereich der schwerbehinderten Arbeitnehmer ist eine Zunahme gegenüber 1980 um 10.900 auf nunmehr 79.660 zu verzeichnen. Hier gilt allerdings noch immer die Ausweitung des Personenkreises durch die Vorschriften des Schwerbehindertengesetzes.

Auf dem Arbeitsmarkt der jugendlichen Arbeitnehmer sind ähnliche Tendenzen zu beobachten. Die Gesamtzahl stieg um 23.600 (1980) auf 102.600. Dies entspricht einer Quote von 4,5 Prozent; also günstiger als der Gesamtdurchschnitt.

Ein Blick auf die beruflichen Teilarbeitsmärkte zeichnet ein düsteres Bild:



Im Bausektor wirken weiterhin die mangelnde Konjunktur und die saisonüblichen Faktoren zusammen. Mit einer Zunahme von 42 Prozent gegenüber dem Vorjahr und einem Rückgang der offenen Stellen um 48 Prozent ist in diesem Bereich kurzfristiges Handeln unbedingt erforderlich. Gerade auch unter dem Aspekt, daß mit 20,7 Millionen Schlechtwettertagen (52 Prozent mehr als im Vorjahr) der Haushalt der Bundesanstalt stark belastet wird. Im Bausektor sind jetzt 117.400 Arbeitnehmer ohne Stellung.

Konjunkturell besonders betroffen ist der Metallsektor mit einer Arbeitslosenzahl von 179.000. Das sind 41,5 Prozent mehr als im vergleichbaren Vormonat bei einem gleichzeitigen Rückgang der offenen Stellen um 33 Prozent.

Im Bereich der Warenkaufleute ist ein Anstieg von 25.000 auf nunmehr 245.400 zu verzeichnen. Dies entspricht einer Zunahme gegenüber 1980 um 16,5 Prozent.

Bei der Betrachtung der Zahlen stellen sich einige zentrale Fragen ein: Wie lange will der Wirtschaftsminister dieser Entwicklung zusehen, ohne die längst überfälligen strukturpolitischen Entscheidungen zu treffen?

Gerade die Problemgruppen, Ungelernten und branchenabhängigen Arbeitslosen sind mittel- und langfristig auf solche Entscheidungen angewiesen.

Wie lange ist die Bundesanstalt für Arbeit in der Lage die ständig steigenden Ausgaben für ABM-Maßnahmen und Lohnkostenzuschüsse in ihrem Haushalt zu verkraften? Das zu erwartende Defizit wird durch die gespannte Lage weiter ansteigen. Die Diskussion um eine allgemeine Arbeitsmarktsteuer für alle Beschäftigten wird immer dringlicher. Praktisch ist die Bundesanstalt schon heute bewegungsunfähig. Ein sofortiges Handeln ist dringend erforderlich.

Arbeitslosigkeit in diesen Ausmaßen ist unerträglich und politisch nicht länger zu verantworten. Hier gibt es kein Wenn und Aber, sondern nur eine spontane und sofortige Hilfe für die, die einen Arbeitsplatz suchen. Ein weiteres Zusehen gerät an den Rand der politischen Hilflosigkeit und führt in den praktischen Auswirkungen zur Hoffnungslosigkeit der Arbeitslosen.

Wer an die Selbstheilungskräfte glaubt und eine Erholung des Arbeitsmarktes vermutet, wird sich getäuscht sehen. Schon jetzt sind in den Computern der Bundesanstalt 40.000 neue Arbeitslose gespeichert.

Mut ist gefordert, Mut zum politischen Handeln und Mut auch der Arbeitnehmer die einen Arbeitsplatz suchen.

(-/3.2.1981/ks/hgs)

+ + +



Handeln ist das Gebot der Stunde!

Ausländerpolitik muß Integrationspolitik sein

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Zu Recht hat die Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt die Ausländerpolitik als eine Schwerpunktaufgabe für die 80er Jahre bekräftigt - vor allem unter dem Aspekt der Ausländerintegration. Es gibt hierzu zwar eine Menge verdienstvoller Vorarbeiten, Konzeptionen und Diskussionen. Worauf es jetzt jedoch in Bund, Ländern und Kommunen ankommt, ist die Durchsetzung tragfähiger Lösungen. In der Ausländerpolitik stehen wir vor einer Aufgabe von gesellschaftspolitischer Dimension, bei der die sicherheitspolitischen Aspekte mitbeachtet werden müssen. Man denke nur an die Entwicklungstrends im Ausländerextremismus und an die schlimmen Versuche des inländischen Rechtsextremismus, die Ausländerfrage polit-demagogisch auszubeuten.

Es ist keine Zeit zu verlieren, wenn nicht irreparable Schäden eintreten sollen. Gegenüber rund 3,4 Millionen Ausländern 1971/72 lag die Zahl 1980 bei rund 4,5 Millionen Ausländern.

In diesem Zusammenhang ist die Feststellung notwendig, daß die Kriminalität der erwachsenen ausländischen Wohnbevölkerung im Vergleich mit der entsprechenden deutschen Bevölkerung keine Auffälligkeiten aufweist.

Ganz anders verhält es sich dagegen bei den Jugendlichen (14 bis 18 Jahre) und den Heranwachsenden (18 bis 21 Jahre). Die Kriminalitätsbelastung der ausländischen Jugendlichen liegt nicht nur erheblich über derjenigen der deutschen Altersgruppe, sondern übersteigt auch diejenige der ausländischen Heranwachsenden. Ausländische Kinder unter 14 Jahren unterscheiden sich dagegen in der Kriminalitätsbelastung nicht negativ von deutschen Kindern.

Bis Mitte der 70er Jahre wurde in der Bundesrepublik die Ausländerpolitik vorwiegend unter arbeitsmarktpolitischen Aspekten gesehen. In den letzten Jahren ist dagegen durch den anhaltenden Familiennachzug, die zunehmende Selbsthaftigkeit der ausländischen Familien und das Heranwachsen einer großen Zahl bereits im Lande geborener ausländischer Kinder das Bewußtsein der Öffentlichkeit um die Probleme dieser Minderheiten-gruppe stark gewachsen. Die ausländer-spezifischen Probleme zeigen sich durchgängig mit unterschiedlicher Intensität im Wohn-, Schul- und Ausbildungsbereich.

Wenn es nicht gelingt, die Wohnsituation der ausländischen Arbeitnehmer in absehbarer Zeit nachhaltig zu verbessern, könnte sich insbesondere in den großen deutschen Städten eine Entwicklung wiederholen, wie sie sich zum Beispiel in den Metropolen der USA beobachten läßt.

Die berufliche Situation der in der Bundesrepublik tätigen ausländischen Arbeitnehmer ist gekennzeichnet durch Ausübung von Tätigkeiten unter belastenden Arbeitsbedingungen: Hohe physische Belastung, geringes Sozialprestige und geringe Aufstiegsmöglichkeiten. Die Erwerbsfähigkeit und Beschäftigungslage der Gastarbeiter wird sich unter wirtschaftlichen Engpaß- beziehungsweise Krisenbedingungen erheblich verschärfen, das heißt verschlechtern.



Besonders bedrohlich ist die Schul- und Ausbildungssituation der ausländischen Kinder. Immer noch erreichen 60 Prozent der ausländischen Kinder keinen Hauptschulabschluß. Dies hat zur Konsequenz, daß ein sehr großer Teil der Ausländerkinder weder eine berufliche noch eine soziale Lebensperspektive besitzt.

Die katastrophale Berufsbildungssituation ausländischer Jugendlicher kann mit folgenden Zahlen verdeutlicht werden. Nur 25 Prozent der jungen Ausländer im Alter von 15 bis 19 Jahren erhalten eine berufliche Vollausbildung im dualen System oder an Vollzeitschulen. Zehn Prozent erhalten eine Teilausbildung ohne Abschluß und 65 Prozent erhalten keine berufliche Bildung. Bis zum Jahr 1985 rechnet man - gleichbleibende Verhältnisse unterstellt - mit etwa 280.000 ausländischen Jugendlichen ohne Berufsausbildung.

Insgesamt droht also die Gefahr, daß die sogenannte zweite Ausländergeneration in eine Außenseiterrolle gedrängt wird. Da die Rückkehr in die elterliche Heimat für sie in der Regel kaum mehr infrage kommen dürfte, werden sie als Unterprivilegierte und Diskriminierte auf die schwierigen sozialen Lebensverhältnisse verstärkt mit Aktionen reagieren, die sich in den Kriminalstatistiken widerspiegeln.

Hier wird deutlich, daß Sicherheitspolitik in hohem Maße auch aktive Gesellschaftspolitik sein muß. Nur eine überzeugende Politik der Integration der nachwachsenden Ausländergeneration dürfte eine überzeugende Lösung bieten. Die Beschlüsse des Bundeskabinetts vom 19. März 1980 bieten den richtigen Ansatz. Allerdings müssen sie in Bund, Ländern und Gemeinden und in der Wirtschaft rasch umgesetzt werden! Denn es ist bereits fünf vor Zwölf! Mit Proklamationen und Zwischenberichten, wie für Mitte 81 vorgesehen, ist es längst nicht mehr getan.

So klar es ist, daß ein anhaltender Zustrom von Ausländern aus Drittländern in den Arbeitsmarkt der Bundesrepublik nicht mehr verkraftet werden kann und deshalb verhindert werden muß: Gegenüber den Millionen Ausländern, die wir in den zurückliegenden Zeiten als Arbeitskräfte ins Land geholt haben, stehen wir aus Gründen der ökonomischen und politischen Vernunft und aus Gründen der Humanität und Moral im Wort.

Die da und dort bereits öffentlich erhobene unrealistische Forderung nach Repatriierung von ein bis zwei Millionen Ausländern wäre keine Lösung, sondern in Wahrheit ein furchtbarer Offenbarungseid der Ausländerpolitik: Das Gegenteil einer Politik des Friedens im Innern und der guten Nachbarschaft nach außen. (-/3.2.1981/ks/hgs)

+ + +

